

Abromet: Frau Raheb, wie ist die Lage in den palästinensischen Autonomiegebieten und in Bethlehem nach zehn Wochen Abriegelung durch das israelische Militär?

Viola Raheb

„Es wird immer noch Land enteignet“

Viola Raheb, palästinensische Christin und Befreiungstheologin aus Bethlehem, schildert im folgenden Interview die Situation in den palästinensischen Autonomiegebieten seit der „Abriegelung“ durch das israelische Militär. Trotz des Friedensprozesses gehen die Landenteignungen weiter.

Raheb: Die Situation ist seit dem 25. Februar diesen Jahres sehr schwierig und deprimierend. „Abriegelung“ ist ein irreführendes Wort. Leute im Ausland denken oft, Abriegelung bedeute, daß man sich nicht im Staat Israel bewegen darf oder nach Ost-Jerusalem gehen kann. Aber seit dem 25. Februar erleben wir eine neue Art der Absperrung. Dies ist eine Abriegelung innerhalb der besetzten Gebiete selbst. Das ist deshalb möglich, weil wir jetzt in der Phase „Oslo II“ leben und die Westbank keine geographische Einheit mehr darstellt, sondern in drei unterschiedliche Regionen aufgeteilt ist: A, B und C. Wobei A den Palästinensern übergeben wurde, B unter gemisch-

ter israelisch-palästinensischer Kontrolle steht und C völlig unter israelischer Kontrolle ist. Diese Aufteilung hat für uns zum Beispiel die Folge, daß wir uns in den letzten zehn

Wachennichtvander Stadtinein Dorfbegebendurften, nichtden Stadtrandgehen oder in Bethlehem Rahels Grab besuchen dürfen, weil das C-Gebiet ist. Das holte auch die Auswirkung, daß nicht genügend Lebensmittel in die besetzten Gebiete und die Autonomiegebiete hineingekommen sind. Alles, was in Gaza produziert wurde, kam nicht heraus und ist verfault. In der Westbank war das Angebot an Obst gering und natürlich die Preise dementsprechend hoch. Die Medikamentenversorgung ist ebenso schlecht. Es fehlen schon viele Medikamente und die Preise sind in den letzten Wochen um 30 Prozent gestiegen. Dazu kommt, daß wir das Land nicht verlassen dürfen, weder über Israel noch über Jordanien. Es wurden nur wenige Ausnahmen gemacht, um unter Umständen über Jordanien das Land verlassen zu dürfen. Der Flughafen in Tel Aviv ist für uns Palästinenser ganz geschlossen. Die aktuelle Situation hat auch dazu geführt, daß die medizinische Versorgung stark eingeschränkt ist, weil sich die medizinische Infrastruktur auf Jerusalem konzentriert. Patienten, aber auch das Personal, dürfen nicht in die Krankenhäuser. Die Krankenhäuser in Jerusalem sind leer. Die Leute haben keine Möglichkeit, die notwendigen Operationen oder Behandlungen zu bekommen. Zum ersten Mal in der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes habe ich Bilder gesehen, wie Menschen in Palästina im Müll nach Essen suchen. In der Westbank liegt heute die Arbeitslosigkeit über 70 Prozent und in Gaza über 90 Prozent. Das Leben in Palästina ist heute viel schwieriger geworden als in den Jahren der Besetzung zuvor.

Hat der seit 1993 in Gang gekommene Friedensprozeß also zu einer Verschlechterung der Lage geführt?

Das Schwierigste in den letzten zehn Wochen war zu begreifen, daß der Friedensprozeß jetzt gegen die Menschen angewandt wird, und daß „Oslo II“ die Grundloge darstellt, Menschen in den besetzten Gebieten mehr zu schikanieren als zuvor. Der Friedensprozeß ist in den letzten zehn Wochen in eine Sackgasse geraten. Die Menschen wissen nicht mehr, auf was sie eigentlich noch hoffen sollen, das ihre Situation verbessert.

Sind diese Rückschläge eine dauerhafte Krise oder sind sie vor allen Dingen hervorgerufen durch die kommenden israelischen Wahlen am 29. Mai?

Die Krise ist längst eingetreten, seit Israel seine eigenen Versprechungen nicht ernst genommen hat, etwa als weiterhin Siedlungen in den besetzten Gebieten aufgebaut wurden, obwohl es sich gegen „Oslo I“ und II richtet. Im Moment sehe ich, daß die Friedensprinzipienerklärung von der Arbeitspartei in Israel instrumentalisiert wird, um politisches Kapital zu schlagen. Damit Peres politisch überlebt, versucht er heute, eine starke und harte Politik den Palästinensern gegenüber zu vertreten, um damit bestimmte Stimmen aus dem rechten Lager zu gewinnen. Für dieses politische Spiel in Israel müssen wir im palästinensischen Gebiet den Preis zahlen.

Haben sich durch die Wahlen im palästinensischen Autonomiegebiet am 20. Januar für Sie Veränderungen ergeben?

Zum ersten Mal in der Geschichte dürfen wir als Palästinenser unsere politische Führung in demokratischen Wahlen selbst bestimmen. Die Mehrheit des palästinensischen Volkeshat sich für den Friedensprozeß ausgesprochen, indem sie nicht nur für Arafat gestimmt hat, sondern auch Leute wie Hanan Aschrawi oder Haider Abdel Shafi gewählt haben, die sich gerade für den Friedensprozeß engagiert haben. Was praktisch daraus folgt, ist eine andere Frage, weil alles, was Sicherheit und die Aus- und Einreise angeht, weiterhin unter israelischer Macht steht. Wenn sich heute die gewählten Parlamentarier oder die Autonomieratsmitglieder treffen wollen, dann

müssen sie dazu erst eine Genehmigung von Israel haben. Diese erhalten sie oft mit Verspätung oder Einschränkungen. Das läßt uns heute fragen: Was sind eigentlich die Handlungsmöglichkeiten dieses Autonomierates, der nicht einmal darüber verfügen kann, wie sich die Mitglieder binnen der Autonomieregionen bewegen können.

Von israelischer Seite wird immer eingewandt, daß Israel weitgehend seine Verpflichtungen aus dem „Oslo-II“-Abkommen erfüllt habe, aber die palästinensische Autonomieregierung und besonders Arafat persönlich nicht genug gegen den Terror, besonders von Hamas, getan haben. Diese Israelis bezeichnen es als unerträglich, unter den Bedingungen der Selbstmordkommandos weiterhin miteinander in den Verhandlungen zu bleiben

Fundamentalistischer radikale Gruppen sind kein neues, sondern ein altes Problem. Israel hat während der Jahre der Intifada ab 1987 versucht, Gruppen wie Hamas unter Kontrolle zu bringen, was trotz der enormen militärischen Ausrüstung des Staates Israel nicht gelungen ist. Heute sollen Arafat und die Autonomieregierung mit wesentlich schlechterer Ausrüstung für Ruhe zu sorgen und diese Gruppen kontrollieren, was praktisch unmöglich ist. Arafat und die Autonomieregierung haben noch den letzten Attentaten in Israel viel versucht, um diese Gruppen unter Kontrolle zu bringen. Sie haben alle Gruppen offiziell verboten. Es wurden viele Personen verhaftet und über 1 000 Personen inhaftiert. Mit solchen Maßnahmen ist das Problem aber nicht zu lösen. Daß Menschen sich in die Luft jagen, ist ein Ausdruck einer bestimmten Lebenswelt und Lebenssituation. Wenn ein Mensch mit 24 Jahren da an glaubt, daß das Beste im Leben ein Selbstmord ist, dann hat das Ursachen. Ein solcher Mensch erwartet nichts mehr vom Leben. Wenn er meint, indem er sich umbringt und andere mit in den Tod reißt, tötet er Gott: einen Gefallen und käme dafür ins Paradies, dann untermauert er seine Hoffnungslosigkeit religiös. Man muß diesen Menschen klarmachen, daß es sich lohnt, sich heute für dieses Leben einzusetzen und nicht erst für das nächste. Dazu müßte man sehr viel in die Infrastruktur und in die Wirtschaft investieren. Wenn Peres sagt, daß er Hamas weggelimieren will, dann ist das natürlich eine Utopie. Kein Staat kann dahin kommen, radikale Gruppen hundertprozentig auszuschalten. Aber man muß ihnen die Argumentation nehmen, daß der Friedensprozeß der falsche Weg sei. In dem Moment, in dem die Situation eskaliert, fühlt sich Hamas bestätigt. Dann geschieht genau das, was sie schon immer gesagt hat, nämlich daß dieser Friedensprozeß nur zur Verschlechterung der Lebenssituation der dort lebenden Menschen führen wird.

Frau Roheb, Sie sind Christin, evangelisch-lutherische, palästinensische Christin. Wie groß ist die christliche Minderheit unter den Palästinensern, und wie weit ist sie in den Konflikt verwickelt?

Wir stellen gegenwärtig 2,3 Prozent der Bevölkerung in den besetzten und autonomen Gebieten. Dabei man berücksichtigen muß, daß unser gesamter Anteil am palästinensischen Volk bei zehn Prozent liegt. Die Mehrheit der christlichen Palästinenser lebt in der Diaspora. Wir sind in diesen ganzen Konflikt mit verwickelt, weil wir ein Teil des palästinensischen Volkes sind und uns so verstehen. Wir leben mit unseren muslimischen Schwestern und Brüdern unter den gleichen Bedingungen und leiden unter der gleichen Besatzungsmacht. Wenn Land enteignet wird, dann ist es ein Unrecht den Menschen gegenüber, egal, ob sie Christen oder Muslime sind. Wenn die Leute in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden, dann betrifft das Muslime wie Christen. Wenn Leute hungern, dann betrifft es Christen und Muslime. Wenn sie keine medizinische Versorgung erhalten, dann trifft es auch beide. Für uns ist es sehr wichtig, daß wir uns als ein Teil dieses Volkes verstehen, und daß wir

unseren Platz in diesem Land haben. Aber wir sind auch in anderer Weise mitbetroffen. So sind bei dem zweiten Busattentat in Jerusalem auch zwei christliche Palästinenser ums Leben gekommen, weil sie in West-Jerusalem in diesem Bus saßen und zur Arbeit gehen wollten. Es ist sehr wichtig zu begreifen, daß Gewalt nicht kontrollierbar ist, sondern, wenn sie ausbricht, alles mitnimmt, was um sie herum ist, ohne Rücksicht auf religiöse oder nationale Zugehörigkeit der Menschen.

Gehen die Landenteignungen im Moment weiter?

Leider ist gerade seitdem Friedenspraxis die Landenteignung so radikal und stark betrieben worden, daß wir uns nach dem ernsthaften israelischen Friedenswillen fragen müssen. In der Stadt Bethlehem ist bei Rahels Grab Land der muslimischen Stiftung namens Waqf enteignet worden, um einen sicheren Zugang für jüdische Siedler aufzubauen. Dafür hat man zwei Drittel der Hauptstraße zwischen dem Süden und Jerusalem abgeschnitten und Land enteignet, um dort einen Parkplatz für die Siedler und nebenan einen Platz für eine Synagoge zu bauen. In Bethlehem wurde vor kurzem ein sehr großes Stück Land enteignet. Es ist das einzige Land, das noch bewaldet ist. Dazu sind noch sieben Quadratkilometer in der Umgebung enteignet worden, um darauf eine neue Siedlung mit 6 500 Wohnungen, ein Touristendorf und eine Umgehungsstraße zu bauen. Diese Landenteignungen werden heute, im April 1996, in der Region Jerusalem, so radikal betrieben, um für den Beginn der Verhandlungen um den Status von Ost-Jerusalem Fakten zu schaffen.



Beerdigung eines 17-jährigen Palästinensers in Jerusalem, der von Soldaten getötet wurde. Foto: WCC

Von diesen Zusammenhängen ist in Europa, auch in Deutschland, recht wenig bekannt. Haben Sie etwas unternommen, um die Weltöffentlichkeit von dem Fortgang der Enteignung zu informieren?

Wir haben in Bethlehem ein Komitee gebildet von Menschen, die entweder davon betroffen sind, daß ihr Land enteignet wird, oder die sich zum Thema Menschenrechte engagieren. Im April gab es unterschiedliche Aktionen, um die Öffentlichkeit zu informieren. Wir haben ein Zelt vor der Geburtskirche aufgebaut, wo Leute 24 Stunden stehen und Flugblätter verteilen, die die Enteignungsgeschichte dieser Region beschreiben, und Unterschriften sammeln. Diese sollen später beim Vatikan eingereicht werden, da einige dieser Ländereien entweder Kirchengrundbesitz sind oder mehrheitlich christlichen Familien gehören. Weiterhin haben Menschen am Karfreitag der westlichen Tradition eine Lichterkette an der Geburtskirche gebildet und eine Mahnwache gehalten, um auf die Landenteignung aufmerksam zu machen. Am Ostersamstag wurde gemeinsam mit der israelischen Friedensbewegung ein Marsch von der Geburtskirche bis zu den Ländereien, die enteignet werden sollen, organisiert. Daran haben unterschiedliche Kirchengemeinden teilgenommen. Am Ende dieses Marsches hat man 12 Bäume gepflanzt. Jeder Baum soll als ein Symbol für eine bestimmte Sache stehen, zum Beispiel für den freien Zugang zu den heiligen Stätten in Jerusalem, für Frieden und Gerechtigkeit oder für das Zusammenleben.

Welche Unterstützung wünschen Sie sich besonders von der deutschen Bevölkerung und den christlichen Kirchen in Deutschland?

Für uns ist es sehr wichtig, daß man in Deutschland anfängt, neu über diesen Konflikt nachzudenken. Ich habe sehr oft das Gefühl, daß viele Leute in Deutschland noch in alten Kategoriendenken, und zwar in Kategorien des Kalten Krieges, was eine Front und zwei Gegner in Israel und Palästina gab. Man konnte damals entweder auf der israelischen oder der palästinensischen Seite stehen. Aber das Bild ist schon längst veraltet. Heute kann es nur darum gehen, sich entweder für oder gegen den Frieden auszusprechen. Gerade an dem Marsch, der im April stattgefunden hat, wird deutlich, daß Menschen, sowohl aus Israel wie aus Palästina, Christen, Juden und Muslime, sich gemeinsam gegen die Landenteignung gestellt haben. Es ist wichtig, diese Stimmen wahrzunehmen als einheimische, authentische Stimmen. Es ist sehr wichtig, daß die Menschen in Deutschland Bescheid wissen, was bei uns vor Ort passiert. Viele, gerade auch in Deutschland, auch als Teil der EU-Länder, haben den Friedensprozeß unterstützt, aber leider nur auf der diplomatischen Ebene. Nun muß eine Umwandlung in die Realität stattfinden, damit die Menschen davon etwas spüren können. Von den Kirchen in Deutschland erwarte ich, daß sie meine Existenz als christliche Palästinenserin wahrnehmen. Wenn wir sehen, wie viele Touristen im Jahr durch das Land reisen, ein großer Teil davon sind Deutsche, die aus christlichen Gemeinden kommen, dann ist es sehr bedauerlich zu sehen, daß nur wenige sich auch darum kümmern, Kontakt zu einheimischen Christen aufzunehmen oder sich überhaupt nicht damit auseinandersetzen, ob es dort Christen gibt oder nicht. Darüber hinaus ist für mich sehr wichtig, daß dann, wenn von den Kirchen in Deutschland Verlautbarungen zum Thema Israel herausgegeben werden, diese heute nicht ohne Einbezug der christlichen Palästinenser verfaßt werden sollten.

Das Interview mit Viola Raheb, Pädagogin und Mitarbeiterin am Internationalen Zentrum in Bethlehem, führte Hans-Jürgen Abromeit, Studienleiter am Pastoralcollege in Iserlohn, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn